

Die Deutschradikalen in Wien.

Gestern fand eine vom Deutschnationalen Verein für Oesterreich einberufene Versammlung der Deutschradikalen in Wien unter dem Vorsitz des Direktors Stanzel statt, in der Abg. Schreiter über die Kriegswirtschaftsfragen und Abg. Wolf, der für den durch die Nachsitzung im Geschäftsordnungsausschusse des Abgeordnetenhauses verhinderten Abg. Hummer eintrat, über die politische innere und äußere Lage sprach. Abg. Wolf knüpfte unter anderem an die Thronrede und insbesondere an die Erklärung an, daß der Kaiser sich entschlossen habe, die Ablegung des Verfassungsgelöbnisses zu verschieben, und zwar auf einen hoffentlich nicht mehr fernem Zeitpunkt. Das können jedenfalls nicht Jahre sein. Und es soll geschehen, nachdem die Fundamente des neuen Oesterreich fest aufgebaut sein werden nach innen und außen. Nach den jüngsten Ereignissen im Hause ist dieser Ausbau vom Parlament nicht zu erwarten, und so wird er wohl auf dem Wege, welchen wir immer als den einzigen möglichen bezeichnet haben, erfolgen müssen. Und dann soll der Kaiser unter unserem Jubel und Zustimmung den Eid auf die neue Verfassung leisten, denn die, die wir jetzt haben, ist es nicht wert, daß ein tüchtiger, um das Wohl aller seiner Völker und besonders die Erhaltung dieses Staates besorgter Monarch einen Eid auf sie ablegt, daß die beste Kraft zu einer Neuordnung, die in diesem Staat vorhanden ist, dauernd lahmgelegt wird. Nach seiner Ueberzeugung dürfe um keinen Preis die freundliche Gesinnung und gute Stimmung bei dem Träger der Krone für das deutsche Volk und für die zukünftige Neugestaltung Oesterreichs in dem von den Deutschen gewünschten Sinne gefährdet werden. Im Sinne der Ausführungen der beiden Redner wurde sodann eine Entschließung angenommen, in der unter anderem festgestellt wird, daß die Zurückstellung der im Interesse des Staates gelegenen Forderungen der Deutschen Oesterreichs durch die Regierung in den deutschbewußten Kreisen der Bevölkerung, ohne Unterschied der Parteistellung, schärfste Verurteilung gefunden und starke Empörung hervorgerufen hat. Deshalb wird verlangt, daß die deutschradikalen Abgeordneten unachgiebig auf der Erfüllung der Forderungen bestehen. Die Versammlung nimmt ferner schärfstens Stellung gegen einen Frieden, wie ihn die sozialdemokratische Partei und die volksfeindlichen Kreise der Großfinanz anstreben, weil er zur Verelendung des Volkes, insbesondere des Mittelstandes führen muß.